

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 60 (1966)
Heft: 7-8

Artikel: Karl Jaspers zur Notstandsgesetzgebung
Autor: Jaspers, Karl
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-141153>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Jahresversammlung im Februar 1967 ein neuer Beschluß über die Weiterführung zu fassen sei.

Der vom Ausschuß vorgeschlagene neue Name für die Buchhandlung: «Buch 2000, Information für morgen» wurde ohne Diskussion gutgeheißen. Mehr Diskussion rief der neue Name für die Zentralstelle für Friedensarbeit hervor, weil neben dem Mehrheitsantrag noch zwei Minderheitsanträge vorlagen, die jedoch beide abgelehnt wurden, worauf mit 60 Prozent Mehrheit dem Mehrheitsantrag des Ausschusses, lautend auf «Informationszentrum für Abrüstung und internationale Zusammenarbeit (IZAIZ), zugestimmt wurde.

In aller Kürze folgte hierauf ein Referat von Dr. Wildbolz über den Vorschlag Pfarrer Bieler über die Verwendung von 3 Prozent des Staatseinkommens für die Entwicklungshilfe. C. B.

Karl Jaspers zur Notstandsgesetzgebung*

Der Plan der Notstandsgesetzgebung ist innenpolitisch die bei weitem wichtigste Sache der nächsten Jahre. Durch sie kann das Instrument geschaffen werden, mit dem in einem verhängnisvollen Augenblick durch einen einzigen Akt die Diktatur errichtet, das Grundgesetz abgeschafft, ein nicht reversibler Zustand der politischen Unfreiheit herbeigeführt werden kann. Mehr noch: es kann die größte Gefahr für den Frieden entstehen und das neue und endgültige Unheil über Deutschland, nunmehr vernichtend, heraufbeschworen werden. (S. 157)

Die Notstandsgesetzgebung kann nicht als Ergänzung des Grundgesetzes bezeichnet werden. Sie bedeutet vielmehr die Legalisierung der Aufhebung der im Grundgesetz fixierten Grundrechte. (S. 170)

Die anderen aber meinen, durch Notstandsgesetze würde mit dem Staat ihre Freiheit gesichert, die Ahnungslosen! Es ist eine für unser politisches Dasein gefährliche Dialektik, die aus der Sicherung der Freiheit zur Aufhebung der Freiheit führt. Die Bevölkerung merkt es zunächst nicht. Es geht ja alles «legal» zu, wie 1933. Es wird beschlossen durch die demokratische Institution. (S. 173)

Es ist fast unbegreiflich, daß die Mehrzahl der Politiker und die Bevölkerung nicht merken, was das geschieht, und nicht einmal die meisten derjenigen, die selber daran mitwirken (wie vor 1933). (S. 174)

Wenn die geplanten Notstandsgesetze im Kriegsfall verwirklicht werden, so verwandeln sie das Volk in eine zur Schlachtbank getriebene Schafherde, geführt von den letzten Politikern der nationalen, absolutistischen Denkungsart, ebenso machtwillig wie dumm. (S. 162)

Wenn das Volk nicht Krieg führen will – in dieser Situation unserer

* Zitate aus dem neuen Buch von Karl Jaspers: «Wohin treibt die Bundesrepublik?» R. Piper & Co. Verlag, München, 288 Seiten, broschiert DM 9.80.

Zeit –, muß es das Recht und die Möglichkeit haben, zu revoltieren: durch Streiks, durch Gehorsamsverweigerung, durch den Widerstand gegen alle Mächte, die doch nicht helfen, sondern Freiheit und Leben zugleich nehmen. (S. 163)

Wollen wir durch die Notstandsgesetze die Revolte der Bevölkerung gegen den Krieg unmöglich machen? Wollen wir die Chance, daß vielleicht im äußeren Notstand die Völker überall sich sträuben, durch einen terroristischen Herrschaftsmechanismus ausschließen? (S. 161)

Das Volk muß die Freiheit behalten, in direkter Aktion seinen Willen und seinen Widerstand kundzutun. Das Notstandsgesetz raubt dem Volke die ihm verbliebenen legitimen, dann aber nicht mehr legalen Mittel des Widerstandes. Es ist ein Instrument der Versklavung. (S. 165)

Der innere Notstand existiert nur in der Fiktion derer, die entweder ihn benutzen wollen zur Konstituierung absoluter Macht, zur Beseitigung des Streikrechts im Interesse der Unternehmer, oder die Angst haben vor Auseinandersetzungen, die notwendig sind, um in der ständigen Unsicherheit die Freiheit zu behaupten gegen die Maßnahmen einer vernunftwidrigen, die Grundrechte und die Legalität nicht achtenden Regierung. Eine solche Regierung übt Gewalt, die ein Volk nicht dulden kann. Daher muß das Volk Mittel haben, sich zu wehren. Mittel, die ohne militärische Waffen der Gewalt widerstehen können. (S. 164)

Herrschende Mächte könnten den Notstand selber bewirken und dann als solchen erklären, um den Zustand der neuen Staatsstruktur herbeizuführen, der die Grundrechte und damit das Grundgesetz aufhebt. (S. 166)

... es gibt keine Möglichkeit, einen Mißbrauch der Notstandsgesetze zu verhüten. Denn in ihrem Prinzip liegt die Ausschließung der Kontrolle. Das Prinzip der totalen Gewalt kommt am Ende hinter allen Einschränkungen und Klauseln doch wieder zum Vorschein. (S. 166)

Daß der Mißbrauch nicht nur möglich, sondern wahrscheinlich ist, darüber belehren uns Ereignisse unserer jüngsten Geschichte. Wenn Leute wie Strauß, Adenauer, Hopf bei der Spiegelaffäre imstande waren, bei den verfolgenden Beamten eine Panik zu erzeugen, als ob der Staat in Gefahr sei, wenn der Justizminister nicht eingeweiht wurde, wenn damals Dinge geschahen «etwas außerhalb der Legalität», dann muß man fragen: Hätten denn diese Leute damals nicht, wenn es das Gesetz gegeben hätte, den Notstand erklären können und dann getan, was sie wollten? (S. 167)

Der Mißbrauch aber ist sogar mit Sicherheit zu erwarten, falls Politiker eine Rolle spielen, die sittlich-politisch nicht zuverlässige freie Demokraten sind, wie heute leider viele. (S. 166)

Die Verhinderung des Mißbrauchs verlangt den Verzicht auf Notstandsgesetze. (S. 167)

Die deutsche Bevölkerung, so darf man nach den Erfahrungen erwarten, wird immer, wenn etwas von Regierungsseite in legalen Formen getan wird, auch dann, wenn diese Legalität die Legalität selber aufhebt (das Ermächtigungsgesetz 1933 ist das größte Beispiel), es sich gefallen lassen, solange sie nicht merkt, was geschieht. Bei Mißbrauch der Notstandsgesetze

ist zunächst kein Widerstand zu erwarten. Der Terror der gegebenen Vollmachten ist übermächtig. (S. 166)

Die Angst, wenn das Gewaltsame im Gange ist, läßt den einzelnen, Isolierten nicht vergeblich und selbstmörderisch sich aussetzen. Alle tun, was man tut, oder schweigen. Das haben wir 1933 erlebt in unserer Umwelt und an uns selber. Ist der Augenblick da, so ist es zu spät. (S. 167)

Unsere Staatsstruktur beruht auf der Angst vor dem Volk, dem Mißtrauen gegen das Volk. Das Mißtrauen, zu dem umgekehrt vorläufig noch das Volk gegenüber Parteien, Regierung und Politikern verpflichtet wäre, gibt sich nicht genügend und nicht wirksam kund. Wieder scheint der Untertanengeist zu siegen als Vertrauen, die Regierung werde es schon gut machen. Das ist Verantwortung und Schuld jedes einzelnen im Volk. Das war vor 1914 und 1933 der Grund unseres Unheils. (S. 167)

Wir sehen den möglichen Weg: Von der Parteienoligarchie zum autoritären Staat; vom autoritären Staat zum Diktaturstaat; vom Diktaturstaat zum Krieg. (S. 174)

Was auf dem Wege zur Diktatur geschieht, aber noch verhindert werden kann, das würde durch die Notstandsgesetzgebung mit dem Instrument dieser Gesetze eines Tages vollendet werden. Wie Hitler zur Erkenntnis kam, in Deutschland könne er nur auf dem Wege der Legalität zur Macht gelangen, mit der er, nachdem sie gewonnen war, alle Legalität aufhob, so würde die Diktatur mit Hilfe der Notstandsgesetze dasselbe tun. (S. 156)

Wenn nicht demokratisch regiert wird, erwächst eine neue Herrschaftsform innerhalb der Demokratie, die von ihr ausgehöhlt wird. Die Analogie des Weges, der zu Hitler führte, ist offenbar. (S. 279)

Die Bundesrepublik hat sich verrannt in eine phantastische Vorstellungswelt. (S. 257)

Wir berufen uns auf unbegründete Rechtsansprüche, wir verleugnen die Haftung für den Hitlerkrieg; wir verkennen den Sinn der bedingungslosen Kapitulation; wir meinen, daß wir andere Menschen geworden seien, denen man vertrauen müsse, daß wir eigentlich gar nicht Nationalsozialisten waren. Wir verlangen, was unmöglich zu erreichen ist: die Grenzen von 1937; wir verschleiern die Gefahren, die in der Tatsache der Wehrmacht, in den Plänen der Notstandsgesetze liegen: Wir lassen geschehen sowohl das Hintreiben durch Entschlußlosigkeit wie die Manipulationen der rücksichtslos zur Macht Drängenden; wir reagieren allzu selten auf die Verletzung oder Einschränkung oder Mißachtung der Grundrechte. (S. 280)

Bleiben wir bei unseren nicht realisierbaren und friedensstörenden Forderungen, um dem vermeintlich «Unerträglichen» zu entrinnen, und erklären wir gewisse Forderungen an den Osten als «unabdingbar», so fallen wir in das Verhängnis der Selbstzerstörung. (S. 256)

Daß mächtige Tendenzen heute in den Parteien auf einen Punkt tendieren, an dem unsere Freiheit verlorengeht, das halte ich für ebenso gewiß, wie es gewiß ist, daß es nicht dahin kommen muß. Wenn wir die Tendenzen rechtzeitig erblicken und sie in Klarheit nicht wollen, dann können wir sie abwehren. (S. 174)

Das Umwerfen des Steuers der bundesrepublikanischen Politik, der Außenpolitik und der Innenpolitik kann nicht in dieser oder jener besonderen Sache vor sich gehen. Soll es Erfolg haben, muß es im Ganzen geschehen. Man kann nicht Teilstücke isolieren. Dann verlieren sie ihren Sinn. (S. 257)

Doch keineswegs muß es so kommen. Noch ist Zeit. Aber nur eine grundsätzliche Umkehr der Politik kann das Unheil, den Verlust der Freiheit und des Daseins selber verhüten. (S. 279)

Wer als Deutscher alt geworden ist, hat es zweimal erlebt (1914 und 1933) und fürchtet, daß es sich zum drittenmal wiederholen könnte. Es ist in allem Wandel der Erscheinung etwas unheimlich Bleibendes. Nur die Deutschen, die sich dessen bewußt werden, können es überwinden. (S. 281)

Gesamtdeutsche Arbeit, gesamtdeutsche Verantwortung

Wer seit langem in der gesamtdeutschen Arbeit steht und in ihr immer neue Verbindungen zum andern Teil Deutschlands sucht, nachdem die Spaltung des einen deutschen Volkes von ausländischen Mächten als schwerster Eingriff in die innenpolitischen Verhältnisse durchgeführt wurde, der wacht jeden Morgen mit der Schwere der aus der Teilung erwachsenen Probleme und Aufgaben auf und geht mit ihnen zur Ruhe unter dem Seufzer: Denk ich an Deutschland.

Ihn grüßen aber auch Hunderte von Menschen aller Berufe aus allen Landesteilen Westdeutschlands von der schleswig-holsteinischen Küste bis zu den Bergen Bayerns und der Alpen, die in vollem Verstehen auf Briefe und Rundbriefe Antwort geben und die wissen, daß das Ziel der Wiedervereinigung unter keinen Umständen aus den Augen gelassen werden kann und darf. Ältere unter ihnen sind zwar je länger um so mehr der Meinung, daß die Auseinanderentwicklung zu weit vorgeschritten sei und sie deshalb nicht mehr das große und heilige Ziel schauen und seine Erfüllung erleben würden. Aber gerade diese sind es, die auf gesamtdeutschen Tagungen und Veranstaltungen der verschiedensten Berufe und wissenschaftlichen wie kulturellen Verbände in großer Freude die Begegnung zwischen Ost und West und das Zusammenstehen in den gesamtdeutschen Aufgaben allgemeiner und deutscher Menschlichkeit erfahren und feiern. Wo aber in einseitiger Verkennung dieser großen Aufgaben aus einer ungebändigten Gehässigkeit heraus gegen den andern Teil Deutschlands geeifert und ihm das Existenzrecht abgesprochen wird, da wird vor aller Welt deutsches Leben und heiliges Gut der Großen unseres Volkes geschändet. Wer dazu die Hand bietet, der sollte auf deutschem Boden weder Kanzler noch Minister sein und auch nicht dem Lehrkörper einer deutschen Hochschule angehören.

Es sei aber erlaubt, auf einige Argumente einzugehen, die auch bei den Gutwilligen hervortreten, denen das hohe Ziel durchaus vor Augen

lich die unerhörte Chance des Überlebens und eines neuen Miteinander hat, der ist eigentlich ein ganz armer Teufel, der mit den Dingen von vorgestern rechnet, der im 19. Jahrhundert lebt, der in den Kategorien der Vergangenheit lebt. Wie sollte *er* die Zukunft gestalten? Der Kommunist spricht von der Zukunft, und in der Kirche spricht man jetzt von einer Theologie der Zukunft. Wir sind in ganz anderer Weise ausgerichtet auf das Kommende, wie es auch immer sein mag. Nun, lassen Sie uns das Denken in den alten Kategorien abstreifen, das Denken in den Kategorien der Vergangenheit. Die Welt ist eine, und sie kann nur überleben, wenn wir das wissen, daß sie *eine* Welt ist, und wenn wir miteinander umgehen wie in der eigenen Familie. Das heißt nicht, daß es keine Spannungen gibt – in der Familie gibt es auch Spannungen, die manchmal einen ganz erheblichen Krach auslösen. Wir sind keine Schwärmer, wir sind keine Utopisten. Aber daß Spannungen so ausgetragen werden müssen, daß sie nicht zur Vernichtung der Menschheit führen, das ist die große Chance, die wir haben. Wenn wir sie nicht so austragen, haben wir nur die Aussicht auf Selbstvernichtung der Menschheit. Sollten wir Christen nicht zu den Pionieren der Zukunft gehören? Es ist gesagt worden: Wenn es uns gelingt, die nächsten zehn Jahre zu überstehen, zu überleben, dann hat die Welt eine ganz große Chance. Noch wissen wir nicht, ob die Katastrophe nicht schneller kommt als die Einsicht. Aber lassen Sie uns etwas daran tun, daß die Einsicht schneller kommt, um der Menschen willen, um unseres Gehorsams willen gegenüber dem, der diese Welt geschaffen hat, damit sie aus dem überfließenden Reichtum Gottes lebe. «Du tust deinen Odem aus, und du erneuerst das Angesicht der Erde.» Unter der Verheißung stehen wir, und ihr möchten wir dienen. *Heinz Kloppenburg*

Wohin treibt die Bundesrepublik?

Der Artikel *Karl Jaspers* über die Notstandsgesetzgebung (siehe «Neue Wege», Juli/August 1966) bedarf einer Ergänzung. Unsere Leser haben aus den Zitaten aus seinem Buch «Wohin treibt die Bundesrepublik?» feststellen können, wie eindringlich Jaspers seine Landsleute davor warnt, ein drittesmal ins Verderben zu rennen, wie er sie geradezu beschwört, auf keinen Fall sich selbst politische Fesseln anzulegen, indem sie die sogenannten Notstandsgesetze akzeptieren. Die herrschende Clique in Deutschland – es ist die gleiche wie um 1933 – teils von ihren Gesinnungsbrüdern jenseits des Ozeans aufgehetzt, teils ihrem eigenen Wunschdenken nachgebend, verfolgt seit Jahren eine Politik des Als-ob, der Forderungen und des Pochens auf Rechte, die durch eigene Schuld längst vertan sind. All dies und mehr macht Jaspers im erwähnten Buch seinen Deutschen vollkommen deutlich.

Er läßt auch einen Vorwand für diese gegenwärtige Politik der Unionsparteien – die angeblich akute Bedrohung durch die Sowjetunion – kaum gelten, denn er beurteilt die politische Entwicklung in Deutschland nicht nur

von hoher philosophischer Warte aus. Das parlamentarische Spiel der Kräfte und die Politiker, die von sich reden machen, werden von Jaspers genau unter die Lupe genommen; die Analyse der innenpolitischen Situation Deutschlands ist klar, und sie ist bedrückend. «Die Bundesrepublik hat sich verrannt in eine phantastische Vorstellungswelt. Diese begründet sie auf Rechtsansprüche. Sie sitzt ausweglos in einer Sackgasse. Aus ihr heraus kommt sie nur, wenn sie umkehrt, sich auf die wirkliche Lage besinnt und ihre Politik auf einen Boden stellt, der trägt und nicht fiktiv ist.»

Diese ziemlich vagen Andeutungen sind nicht eben dienlich, um Deutschland aus seiner Sackgasse zu helfen, um so mehr als die Analyse Jaspers ihrerseits von den heutigen Machthabern Westdeutschlands als «unrealistisch» bezeichnet wird.

Die Situation ist in der Tat seit 1945 – seit dem Tode Franklin Roosevelts – so verfahren, so auf das Stumpengeleise des Antikommunismus verschoben worden, daß sie für Deutschland wohl nur durch Maßnahmen korrigiert werden könnte, wie sie ursprünglich von den westlichen Alliierten in Aussicht genommen und dann wieder fallen gelassen wurden. Es war Churchill und es waren die Amerikaner, die nach 1945 den Antikommunismus, der bei ihnen natürlich latent immer weiter bestanden hatte, von Hitler übernahmen. Sie waren es, die die Auflösung der deutschen Kartelle – der Hauptbrutstätte und Finanzquelle des deutschen Militarismus und Nationalismus – verhinderten und 1948 die sogenannte Bundesrepublik auf die Beine stellten, worauf die Konstituierung der DDR als Gegenpol notwendigerweise folgen mußte.

Es kommt nicht von ungefähr, daß Jaspers seine Hoffnung für Europa, vor allem aber für Deutschland, heute ganz auf die USA setzt. «Die Bundesrepublik hat ihre Sicherheit, soweit solche heute in der Welt möglich ist, *allein durch die USA.*» ... «Auch die Selbstbehauptung der freien Welt vollzieht sich unter der faktischen Hegemonie Amerikas.»

Da aber ein Nuklearkrieg heute nicht mehr möglich ist (dies ist die Auffassung von Karl Jaspers), weil er für beide großen Atommächte, die USA und die Sowjetunion Selbstmord bedeuten würde, «besteht die Möglichkeit konventioneller Kriege ohne genügenden Schutz durch die USA. Dagegen gibt es nur die eigene Stärke in konventionellen Waffen, die den möglichen Gegner einen Angriff scheuen läßt, und *in der Gewißheit, der eigene Staat werde unter keinen Umständen angreifen, wenn eine Situation lockt und die Militärs drängen.*»

Darauf folgt der Nachsatz, der von Jaspers nicht ironisch verstanden sein will. «Diese Gewißheit ist nur in einem freien Staat demokratischer Gesinnung, bei einem Minimum von Geheimhaltung und dem Maximum der Mitwirkung des Volkes an allen Entschlüssen zu gewinnen.»

Obschon die Verhältnisse im heutigen Deutschland in jedem Punkt Jaspers' Forderungen widersprechen, soll Deutschland «seine schimmernde Wehr» groß ausbauen. Von der deutsch-französischen Freundschaft hält Jaspers nicht viel. «Der Bluff de Gaulles mit seiner kleinen Bombe ist lächerlich, bietet keinen Schutz.» (Erinnern wir uns in diesem Zusammenhang, daß

de Gaulle die Oder-Neiße-Grenze für richtig hält und gegen eine Aufrüstung Deutschlands war!)

Jaspers geht aber noch weiter. «Die relativ größte Sicherheit für alle besteht in der Beschränkung der Atomwaffe auf zwei Mächte, die USA und die Sowjetunion.» «Würden die USA und Rußland allein andern Staaten die Atombombe verbieten, wäre es im Interesse der Bundesrepublik, dem zuzustimmen. Sie ist mit dabei, als Bundesgenosse und Freund.»

Jaspers will aber nur mit Amerika und Rußland befreundet sein. China, das sich aus Kolonialstatus zur Großmacht erhebt, ist ihm ein Greuel. Er stellt die Frage: «Muß China notwendig diese für die Menschheit ruinöse, von Grund aus totalitäre und imperiale Macht werden? Oder ist es möglich, China zu isolieren und dadurch nicht zur Verwirklichung seiner erd-imperialen Pläne kommen zu lassen?»

Dann wäre erforderlich:

a) «Die Vernichtung der Herstellungsstätten der Atombomben in China. Heute kann sich China praktisch dagegen nicht wehren.»

b) «China müßte wirtschaftlich isoliert werden usw. usw.»

«Es ist ein Irrtum, daß sich heute über die Welt hin eine Politik auf gleicher Ebene betreiben lasse!«

Jaspers beklagt auch, als Zeichen der radikal veränderten Weltlage, die Verwandlung der Diplomatie seit dem Auftreten des Bolschewismus. «Die frühere Diplomatie besteht noch fort zwischen den alten Mächten, aber wird vor den Kopf geschlagen im Umgang mit den Totalitären. Die Offenheit des Vernichtungswillens, die kein Maß kennende Brutalität und zugleich das Reden von Frieden und Gerechtigkeit machen dem Gegner klar, um was es geht und täuschen ihn zugleich, weil er es nicht glauben will und sich nicht ungern täuschen läßt...» Es ist auch ein Zeichen der Zeit, daß man sich ernsthaft fragen muß, auf wen diese Worte zutreffen: Auf die Bolschewisten? Auf Hitler und Konsorten? Oder auf das große Vorbild, den Bundesgenossen des heutigen Deutschland, die USA, zum Beispiel in ihren Beziehungen zu Vietnam?

Es ist schade, daß sich Professor Jaspers nicht darauf beschränkt hat, seinen maßgeblichen Landsleuten, jetzt, da sie sich wieder stark fühlen, über ihr Auftreten auf der politischen Bühne einige Lichter aufzustecken. Seitenhiebe auf die politische Moral anderer Völker auszuteilen, ziemt sich nicht für den Vertreter einer Nation, in deren Beamtenhierarchie noch immer Hunderte von Verbrechern geduldet werden. Und, nachdem er der Auffassung ist, daß Deutschland sich auf Gedeih und Verderb den USA in die Arme werfen sollte, hätte er sicher besser daran getan, seinen Schutzherren die bedingungslose Aufnahme Chinas in die UNO zu empfehlen – statt ihnen anzuraten, die Atombombenanlagen Chinas zu zerstören. Die Einbeziehung Chinas in die Gemeinschaft der Völker wäre aufbauende Politik im Interesse Deutschlands, der USA, ja der ganzen Welt.

Red.